



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3. Jg. Nr. 2

März 1975

50 Pfennig

In der Krise kämpfen!

"Im Frühjahr werden wir über den Berg sein", orakelte Bundeskanzler Schmidt am Jahresanfang: Haltet still, findet euch mit den von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung angebotenen Lohnabschlüssen ab, dann können wir euch mehr Sicherheit garantieren - das war und ist die Devise, die die bürgerlichen Parteien den Werktätigen anzubieten haben. Das das ein Betrug ist, daß es nicht bergauf geht, wissen die Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen, die Lohnabschlüsse bedeuten weniger Geld als bisher - nicht einmal die Preissteigerungen für einen Arbeiterhaushalt können sie ausgleichen.

In zahlreichen Betrieben wurde gestreikt: Im Februar legten in Bielefeld 2200 Kollegen die Arbeit nieder, in Köln, wo es 15000 waren, und vielen anderen Städten wurden Warnstreiks durchgeführt. Trotz der Protestaktionen schloß die IGM-Führung unter G. S. ab und die ÖTV-Führer mit 5 % und einer einmaligen Zulage von 100.-DM.

Die SPD-Regierung scheut sich nicht, im gleichen Atemzug, wo sie dem Arbeiter den Gürtel enger schnallen will, den Unternehmern den Rachen voll zu stopfen. Die Investitionszulagen an die Kapitalisten, die Zusage, bei Einstellung von Arbeitslosen Lohnzuschüsse zu zahlen, werden aus den Steuergeldern der Werktätigen finanziert. Noch schlimmer als den Arbeitenden ergeht es den Arbeitslosen. Nach Jahren und Jahrzehnten, die sie für die Kapitalisten geschuftet haben, werden sie von heute auf morgen auf die Straße geworfen. Sogar das jahrelang eingezahlte Arbeitslosengeld wird den meisten von ihnen 6 Wochen vorenthalten. Wo man nur hinschaut - die Arbeiterklasse wird betrogen, die Kri-

Frankfurt:

Erfolg im Prozeß gegen türkische Patrioten

"Mit einer Schlappe für die Staatsanwaltschaft ist ... in Frankfurt der als Strafsache mit politischem Hintergrund verhandelte Fall Subasi/Dagyeli abgeschlossen worden." Diese Feststellung mußte die "Frankfurter Rundschau" am 21. 2. treffen. Tatsächlich ist der erste Angriff auf die Organisationsfreiheit der türkischen Patrioten in der BRD gescheitert.

Es gelang den "Staatsschützern" in Frankfurt nicht, die PEF - Patriotische Einheitsfront für eine demokratische Türkei - der Subasi und Daglyeli angehören, zur "kriminellen Vereinigung" zu erklären.

Über 1 Jahr hatten die beiden türkischen Genossen in U-Haft gesessen, bevor sich die Klassenjustiz nach Protestaktionen endlich gezwungen sah, die haltlose Anklage zu veröffentlichen. Neben dem Angriff auf die PEF wurde darin den Genossen "unerlaubter Waffenbesitz" vorgeworfen. Im Prozeß wurde deutlich, daß auch dieser Anklagepunkt ein infamer Versuch

(weiter S. 2)

se soll vollständig auf ihrem Rücken ausge tragen werden!

Alles Gerede von Schmidt und Konsorten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie der Arbeitslosigkeit nicht zu Leibe rücken können. Ende Januar gab es 1.145.300 Arbeitslose. Das sind 86 % mehr als im Vorjahr. Besonders hart sind die Jugendlichen betroffen: Allein in NRW sind 27.150 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos, in Schleswig-Holstein haben 3787 Jugendliche keine Chance, eine Ausbildung geschweige denn einen Arbeitsplatz zu erhalten. Insgesamt gibt es in der BRD 69.793 Arbeitslose unter 20 Jahren, das sind 12,5 % der Arbeitslosen insgesamt.

Die ausländischen Arbeiter, die in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind, werden in der bürgerlichen Statistik erst gar nicht aufgeführt. Auch die Kurzarbeiter sparen sie aus: 197.400 sind es in der Autoindustrie,

H. Marzini ist frei!

Am 4. Verhandlungstag im Münchner Antifaschistenprozeß (vgl. RHZ Nr. 1) wurde ein erster Sieg errungen: Hanns Marzini mußte aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Unter dem Druck der Solidaritätsbewegung konnte die Widerrechtlichkeit seiner 4-monatigen Inhaftierung nicht mehr vertuscht werden. Den 4 angeklagten Antifaschisten ist es gelungen, klarzumachen, wer hier auf die Anklagebank gehört: der Sozialdemokrat Schreiber, Polizeipräsident in München, der Christdemokrat Merck, Innenminister von Bayern, die die Provokation der Antifaschisten und den Schutz der Faschisten zu verantworten haben.

Staatsanwalt Wahl versucht alles, seine Anklage auf dem Lügengebäude der Polizeiaussagen hochzuhalten. Als Kommunistenhasser sattsam bekannt, versucht er den Angeklagten jedes politische Wort der Beweisführung abzuschneiden und die Rechtsanwälte zu diffamieren: "Den Quatsch glauben Sie doch selbst nicht!" Doch er konnte nicht verhindern, daß schon am ersten Tag die U-Haft aufgehoben werden mußte.

"Ich behaupte, daß ich nur deshalb inhaftiert wurde, weil ich ein kommunistischer Arbeiter bin", damit begann Hanns seine erste Stellungnahme. Er berichtete, wie

154.300 in der Elektroindustrie, Textil + Bekleidung 50.200, Metallverformung 39.700 und in der Glasindustrie 37.000.

Die Tatsachen schlagen den Kapitalisten

und dem Gerede von SPD- und Gewerkschaftsführung ins Gesicht! Der Ausweg aus dieser kapitalistischen Krise kann nicht heißen: Lohnstopp, Stillhalten, Vertrauen schenken, sondern nur: Zusammenschluß der Werktätigen gegen die Kapitalisten und ihren Staatsapparat. Ebenso sicher wie Lohnraub und Arbeitslosigkeit im Imperialismus nicht aufhören, sind sie im sozialistischen Gesellschaftssystem abgeschafft. Die Volksrepublik China z. B. kennt keine Arbeitslosigkeit.

Seit Wochen bilden sich immer neue Erwerbslosenausschüsse in allen Städten der BRD und in Westberlin, in denen Erwerbslose und in der Produktion stehende, deutsche und ausländische Arbeiter, Männer, Frauen und Jugendliche zusammenstehen. Auf der Grundlage eines 9-Punkte Programms, das auf die täglichen Nöte der Arbeitslosen eine Antwort gibt, kämpfen sie auf den Arbeitsämtern, in Stadtteilen und Betrieben z. B. für die sofortige Auszahlung des Arbeitslosengeldes. (Vgl. die Berichte auf Seite 3) Stillhalten hilft nichts - das Millionenheer der Arbeitenden und Arbeitslosen ist stärker als die Handvoll Ausbeuter und ihre Helfer im Staatsapparat!

er bei Agfa letztes Jahr für 100.-DM mehr für alle gekämpft hat, und daß ihn seine Abteilung zum Vertrauensmann vorgeschlagen hatte, und er zeigte, daß das Zusammenspiel von Justiz, Polizei, Ausländeramt und Agfakapitalisten einzig darauf hinauslaufen, einen Kommunisten loszuwerden. Warum sonst wurde seine Kündigung mit der Untersuchungshaft, die Haft mit der Kündigung und der Gefahr begründet, er werde sich in seine Heimat nach Österreich absetzen, die Abschiebehaft damit, er werde sich weigern, auszureisen und die Ausweisung mit der Anklage?!

Mit der Aufhebung der Untersuchungshaft war Hanns Marzini noch lange nicht auf freiem Fuß. Die Klassenjustiz hatte vorgesorgt: automatisch trat die Abschiebehaft in Vollzug.

Einige Tage später wurde auch die Abschiebehaft aufgehoben, aber wieder führte man den Genossen in seine Zelle, inzwischen hatte nämlich StA Wahl Beschwerde gegen die Außervollzugsetzung der U-Haft eingelegt, klammheimlich, ohne daß er oder die 16. Strafkammer des Landgerichts, die darüber zu entscheiden hatte, die Verteidigung davon unterrichtet hatten. Ganze 10 Minuten, nachdem der Rechtsanwalt, der zufällig von der Beschwerde gehört hatte.

(weiter S. 2)

Nicht betteln, sondern kämpfen!

Die RAF hat den Hungerstreik abgebrochen. Der Versuch, Garantien für eine bessere Behandlung im Gefängnis zu bekommen, ist gescheitert. Warum?

1. Es ist illusionär zu glauben, daß die Bourgeoisie Garantien für eine "gerechte" Behandlung der politischen Gefangenen abgibt und sich daran hält. Wir wissen, daß breite Solidaritätsbewegungen den Klassenfeind zwingen können, die Isolation politischer Gefangener zu lockern und bei dem einen oder anderen Gefangenen vorübergehend ganz aufzuheben. Voraussetzung dafür ist aber der Massenkampf in und außerhalb der Gefängnisse.

Nach der Ermordung von Holger Meins war die Empörung unter den Arbeitern und Werktätigen darüber, daß die Bourgeoisie bei der Verfolgung ihrer Gegner selbst nicht vor Mord zurückschreckt, groß. Tausende demonstrierten gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die RAF ihre Forderungen konkretisieren müssen, um gestützt auf die Solidaritätsbewegung die Bourgeoisie zu Zugeständnissen zu Statt dessen appellierte sie weiter an das nicht vorhandene Gewissen der Bourgeoisie.

2. Von vorneherein lehnte die RAF jede Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterklasse ab. Sie war nicht in der Lage, ihren Kampf in den Zusammenhang des umfassenden Angriffs der Bourgeoisie auf die Rechte des Volkes zu sehen und ihre eigene Verfolgung als Teil der reaktionären Ausrichtung des Staatsapparats zu begreifen. Infolgedessen begann ihr Kampf mit moralischen Protesten. Diejenigen politischen Gefangenen, die mit der kleinbürgerlichen Politik der RAF gebrochen hatten, die nicht bereit waren, sich in ein Abenteuer ohne Vorbereitung, Massenmobilisierung und Perspektive hineinziehen zu lassen, wurden von der RAF entweder totgeschwiegen oder in einer

(weiter S. 5)

- **Sofortige Freilassung von Heinz Marx! S. 2**
- **Arbeitslos... S. 3**
- **Die ROTE HILFE vor Gericht S. 5**
- **L. Taug's - Opfer des Sozialstaats S. 7**
- **Klassenkampf in Irland S. 8**

Forts.: Türkische Patrioten

der Polizei war, türkische Patrioten zu Kriminellen abzustempeln. Was die ROTE HILFE seit 1 Jahr festgestellt hat, mußte nun auch die Klassenjustiz eingestehen: "Mit Sicherheit ist nach Meinung der Kammer im Fall Subasi nicht auszuschließen, daß er Opfer einer Provokation und Inszenierung geworden sei, als er 1973 im Auftrag von Unbekannten, sich als Patrioten ausgebenden Türken etliche Waffen von Konstanz nach Frankfurt transportierte. Hinsichtlich des Verhaltens der Polizei sei nämlich der Eindruck entstanden, daß man einen 'agent provocateur' eingesetzt haben könnte." (FR v. 21. 2.) Wie sehr die Staatsschutzbehörden fürchten, daß ihre Umtriebe ans Licht kommen, zeigte sich in aller Deutlichkeit, als die üblicherweise sehr beredsamen Polizeizeugen immer wieder auf höhere Anordnung die Aussage verweigerten.

Daß die Klassenjustiz trotz alledem tat, was sie konnte, zeigte sich am Urteil: 7 Monate Gefängnis für die beiden Genossen wegen des Waffentransports, die mit der U-Haft "abgegolten" sind. Die bürgerlichen Politiker ermahnte das Gericht, sich doch emsiger um die PEF zu kümmern, die sicherlich gefährlich sei, weil ihre Ideen mit Fanatismus und Haß vertreten werden".

Gewiß, mit Haß auf die herrschende Klasse in der Türkei und der BRD führt die PEF ihren Kampf. Und der Prozeß selbst, die widerrechtliche U-Haft der beiden Genossen, die volksfeindlichen Intrigen des Verfassungsschutzes haben allen an der Solidaritätsbewegung Beteiligten gezeigt, daß die Angriffe auf die türkischen Patrioten nur dann zurückgeschlagen werden können, wenn sie mit aller Entschiedenheit bekämpft werden! Auf einem Fest nach der Freilassung Daggelis wurden die Erfolge der Solidarität gefeiert.

Köln:

In Köln ist der berühmte Richter Somoskeoy damit beauftragt, es besser zu machen als seine Frankfurter Kollegen. Hier werden seit Mai 1974 die türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Hatice Yourtas und Yüksel Urgulu in U-Haft gehalten. Auch in diesem Verfahren ist beabsichtigt, die PEF zu verbieten, um den Imperialisten in der Türkei politische Verbundenheit zu beweisen. Auch hier sind die Beweise der Staatsanwaltschaft konstruiert. Die Haftbefehle gegen die inhaftierten Genossen stützen sich bislang alleine darauf, daß bei ihnen fortschrittliche Zeitungen und Bücher gefunden wurden!

Unser Ziel ist es, im nächsten Haftprüfungstermin am 28. Februar die Freilassung der Genossen zu erkämpfen. Dazu werden vor allem unter den türkischen Kollegen Flugblätter verteilt, Besuche durchgeführt und Postkarten ans Gericht abgeschickt, auf denen die sofortige Freilassung der türkischen Patrioten gefordert wird!

Einschüchterung der türkischen Revolutionäre und Patrioten ist auch das Ziel des Prozesses gegen Baha Targün. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, er habe einen türkischen Unternehmer in der Bundesrepublik erpreßt und dabei im Auftrag der türkischen Volksbefreiungsarmee gehandelt. Entgegen den üblichen Gerichtszuweisungen soll auch dieser Prozeß von Kölns Staatsschützer Nr. 1, Somoskeoy, durchgeführt werden.

Somoskeoy empfahl sich als Klassenrichter letztmalig dadurch, daß er in einem normalen Strafprozeß als erster Richter der BRD einen Strafverteidiger ausschließen wollte. Das Oberlandesgericht lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung, der Verteidigerausschluß sei kein allgemeines "Züchtigungsmittel" gegenüber Rechtsanwälten, sondern richte sich gegen einzelne "Elemente", die den Anwalt sb eruf mißbrauchten!

Impressum:

Vera. i. S. d. PresseG: R. Pohl, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrsg.: Zentralvorstand der ROTEN HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Sofortige Freilassung von Heinz Marks!

Seit Monaten kämpft die Bevölkerung des westberliner Stadtteils Kreuzberg darum, daß im leerstehenden ehemaligen Bethanien-Krankenhaus eine Kinderpoliklinik eingerichtet wird, weil die medizinische Versorgung der Kinder hier katastrophal ist. Der SPD-Senat hat sich bisher hartnäckig geweigert, die Forderung zu erfüllen, auch wenn dieser Kampf bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein Unruhe und Panik erzeugt hat. In den letzten Wochen haben sich nach der Ankündigung des Kampfkomitees "Kinderpoliklinik ins Bethanien" und der KPD, das Gebäude zu besetzen, die Auseinandersetzungen zugespitzt. Auf der einen Seite ein riesiges Polizeiaufgebot, das sich im Bethanien verschanzt hat und die Kreuzberger einschüchtern soll. Auf der anderen die Kreuzberger, die auch aus anderen Stadtteilen breite Unterstützung finden.

Der Elektriker Herbert Marks, der schon im Kampf gegen die schlechte medizinische Versorgung in Reinickendorf die Erfahrung gemacht hatte, daß der Arbeiterklasse nichts geschenkt wird, unterstützte die Kreuzberger Werktätigen. Er verteilte Flugblätter mit vielen Kollegen. Am Mittwoch, den 12. 2. wurde er mit 21 anderen Kollegen in Kreuzberg während kleinerer Kundgebungen und Versammlungen festgenommen. Als einziger sitzt er heute noch in U-Haft!

Im Haftbefehl wird ihm "schwerer Landfriedensbruch" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" vorgeworfen. Herbert soll einem Prügelpolizisten ein Farbei an den Helm geworfen haben. Um ihn festhalten zu können, wurde "Fluchtgefahr" konstruiert: Er lebe in "leicht lösbaren Wohnverhältnissen" - er wohnt mit seiner Verlobten und deren Kind zusammen - und gehöre einer "kl einen organisierten Minderheit" an - in seiner Wohnung wurden Bethanienflugblätter gefunden. Daher habe er eine hohe Strafe zu erwarten und es bestehe die Gefahr, daß er sich ihr organisiert entziehe. Es ist zu deutlich: Mit den gleichen fadenscheinigen Begründungen wie bei dem Münche Antifaschisten und KPD-Mitglied Hanns Marzini soll auch hier ein Exempel statuiert werden. Die Klassenjustiz will jedem Kreuzberger, der für die Einrichtung einer Kinderpoliklinik im Bethanien tritt, einhämmern: Deine Forderung ist kriminell. Sprichst Du Dich trotzdem dafür aus, mußst Du mit Verfolgung und Bestrafung rechnen! Das Wort Bethanien, das die Bourgeoi-

Hanns Marzini ...

die Beschwerde Punkt für Punkt widerlegt und den Vorsitzenden der Strafkammer verlassen hatte, war StA Wahl stolzer Besitzer des Beschlusses, der die Untersuchungshaft wieder anordnete. Ein abgekartetes Spiel der Klassenjustiz! 5 gerichtliche Entscheidungen über die Haft, die sich zwar untereinander widersprechen, aber allesamt darauffinausliefen, daß der Genosse Hanns weiter in Haft blieb.

Während der darauffolgenden Tage bis zum nächsten Prozeßtermin war einiges los in München: Die angeklagten Antifaschisten und Kommunisten, die auf freiem Fuß waren, gingen zu belebten Plätzen und hielten Ansprachen, tausende Flugblätter wurden vor den wichtigsten Betrieben in München verteilt, zusätzliche Parolen leuchteten an belebten Straßen, die Ortsgruppe machte einen Agitpropzug durch ihren Stadtteil in Haidhausen: jeder Genosse hatte Agitpropmaterial unterm Arm, vorneweg wurde die ROTE HILFE-Fahne getragen, wir riefen unsere Parolen und forderten in Reden an belebten Plätzen zur Solidarität auf. Unterwegs verkauften wir viele Prozeßdokumentationen und Zeitungen. Viele wußten schon Bescheid und waren empört über das Vorgehen gegen die Antifaschisten. Tausende haben die Solidaritätsresolution unterschrieben, insbesondere auch viele Agfa-Arbeiter, die übrigens 85,-DM für ein Weihnachtspaket für Hanns Marzini gespendet haben. Zu Prozeßbeginn folgten 800 Demonstranten dem Aufruf der KPD und der ROTEN HILFE, während der Abschlußkundgebung auf dem Marienplatz wehten eine halbe Stunde lang zwei übergroße Transparente von einem Turm über dem Platz, auf denen unter dem Beifall der Teilnehmer der Kundgebung zu lesen war: FREIHEIT FÜR HANNS MARZINI! FREISPRUCH FÜR DIE ANTIFASCHISTEN!

sie so in Aufregung versetzt, und seine Bedeutung soll den Kreuzbergern durch Terror und Einschüchterung aus den Köpfen geprügelt werden. Doch dieses Vorhaben ist schon jetzt gescheitert: erst letzte Woche demonstrierten 2500 Menschen für die Kinderpoliklinik!

Dabei wurden bereits 500,- DM zur Solidarität mit Herbert Marks gesammelt. Das Komitee für seine Freilassung und die ROTE HILFE schließen mit anderen Organisationen die Kreuzberger nun auch im Kampf gegen die Klassenjustiz zusammen. Mit der Inhaftierung von Herbert Marks beweist der SPD-Senat, wie vollständig volksfeindlich seine Politik ist: Für das Konkursprojekt "Steg-litzer Kreisel" sind hunderte von Millionen an Steuergeldern da, für die medizinische Versorgung der Bevölkerung nichts. Die städtischen Bonzen werden hofiert, die Korruption wuchert - und gegen die Forderungen der Bevölkerung marschiert die Polizei.

Die Quittung dafür muß dieser Senat bei der Wahl im März erhalten. Kreuzberger! Gebt Eure Stimme der Partei, die an der Spitze der Kämpfe ums Bethanien steht! Wählt KPD! SOFORTIGE FREILASSUNG VON HERBERT MARKS! FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

EINE KINDERPOLIKLINIK INS BETHANIEN!

* SPENDET *
* auf das PSchK der ROTE HILFE Nr. *
* 30 85 51/102 Berlin-W (Stichw. "Bethanien") *

Immer wieder wurden und werden wir gefragt: was ist denn los mit dem Marzini oder "Martinelli"? Jeden Prozeßtag kommen neue Menschen, viele warten vor dem Sitzungssaal, der übrigens in einem hermetisch abriegelten Trakt ist, von Polizisten bewacht. Die Zuhörer lassen sich nicht einschüchtern, immer mehr verlieren sie das Vertrauen in Polizei und Justiz und wollen gegen dieses System kämpfen. Die Zuhörer, die nicht in den Sitzungssaal kommen, wechseln sich immer ab, ständig wird draußen berichtet, was drinnen geschieht ist. Das Gericht weiß genau: jede Maßnahme wird in der Stadt mit Aufmerksamkeit verfolgt. Kein Wort bleibt in den Wänden oder Polizeikordons stecken, es wird hinausgetragen nach München, in die ganze BRD und ins Ausland-dafür sorgen die Flugblätter und Kundgebungen, die Parolen und die regelmäßigen Prozeßinformationen der ROTEN HILFE und der KPD. Nach jedem Prozeßtag findet ein Treffen statt, auf dem für die Arbeiter und Werktätigen, die morgens zur Arbeit müssen über den Verlauf berichtet und gemeinsam der Agitpropplan geschmiedet wird. Aus Frankreich schrieb Hanns eine Schulklasse mit 100 Unterschriften, Mitglieder der Naturfreunde in England haben mit Stelltafeln auf einer wichtigen Verbindungsstraße ihre Solidarität demonstriert. Die Front der Klassensolidarität wächst!

Am Mittwoch, den 5. 2. konnten wichtige Fundamente der abgkarterten Anklage zum Einsturz gebracht werden:

Zuvor, um nicht die gesamten Schandtaten, die offensichtlichen Provokationen der Polizei auf die antifaschistischen Demonstranten aufdecken zu müssen, entzog Innenminister Merck flugs die Aussagegenehmigung für sämtliche Polizeibeamten für alle Fragen über "Polizeitaktische Belange". Warum haben sich Spitzel unter

Bremen, Rüsselsheim:

Faschistische Mordanschläge

Am Freitag, den 6. 2., starb der Arbeiter Heinz Dreisbach, der als klassenbewußter Arbeiter bei Opel-Rüsselsheimbekannt war, an den Stichwunden, die ihm ein Unbekannter vor dem Werkstor am 29. 1. zugefügt hatte. Ebenfalls am 29. 1. wurde auf den Vulkan-Betriebsrat Heinz Scholz, Mitglied der KPD und der ROTEN HILFE, nach einer Sitzung oppositioneller Gewerkschafter ein Mordanschlag verübt. Ein maskierter Täter überfiel ihn abends um 23 Uhr auf dem Weg nach Hause. Nur einer Reflexbewegung und seinem Widerstand hat Heinz es zu verdanken, daß der schlimmste Messerstich von insgesamt über 10 nur 3 cm unterhalb seines Herzens eindrang. Nach schwerem Blutverlust ist Heinz außer Lebensgefahr.

Diese beide faschistischen Anschläge stehen nicht nur zeitlich und durch die Art der Ausführung im Zusammenhang. Dort geschehen, wo die beiden Kollegen gegen Ausbeutung und Unterdrückung eintraten, tragen sie auch dieselbe politische Handschrift! In einem Klima der Hetze und Verfolgung klassenbewußter Arbeiter wurden die Täter durch diejenigen zu ihrem Verbrechen ermutigt, die die Hetze und Verfolgung inszenieren.

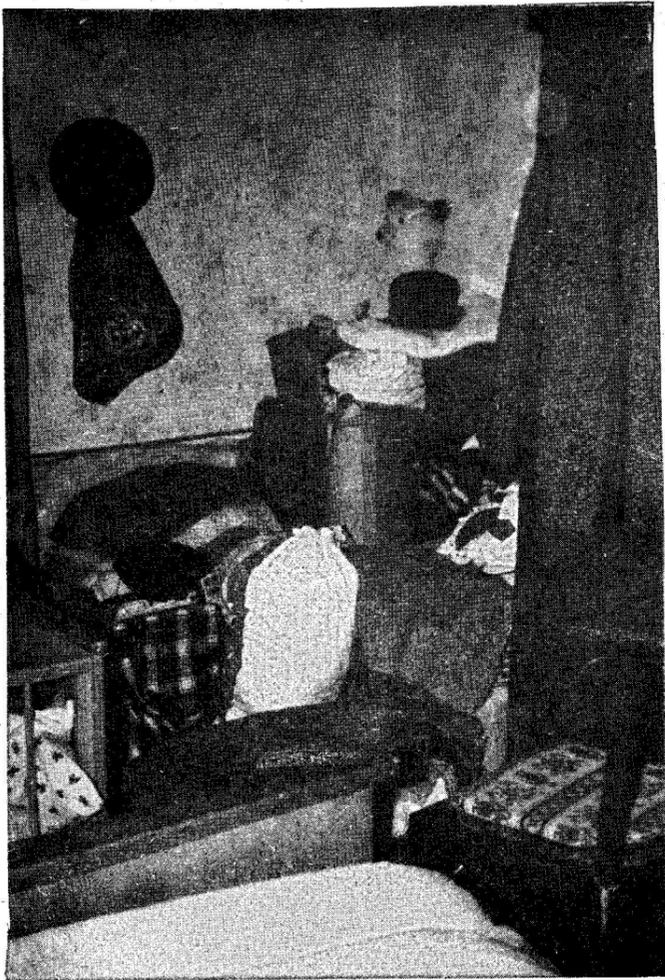
Am deutlichsten ist dies bei dem Genossen Heinz Scholz der Fall. Weil er wegen des verräterischen Tarifabschlusses im März 1973 gegen den IGM-Vorsitzenden Loderer einen Ausschlußantrag stellte, den über 1000 Kollegen unterschrieben, weil er täglich für seine Kollegen eintritt und dafür breiten Rückhalt in der Belegschaft hat, tun Betriebsleitung und Gewerkschaftsführung alles, um ihn mundtot zu machen. Trotz breiten Protests der Kollegen schlossen die IGM-Führer ihn aus der Gewerkschaft aus. Doch H. Scholz wurde von den Kollegen erneut als Betriebsratskandidat aufgestellt!

Verfaßt Solidaritätsadressen für die Angehörigen von H. Dreisbach und für H. Scholz! Sendet sie an die ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6!

die Demonstranten geschlichen, warum haben sie sich nicht zu erkennen gegeben, was war eigentlich ihr Auftrag, welches Ziel verfolgte der Einsatz-dies alles sind polizeitaktische Fragen", die nicht ans Tageslicht kommen sollen, die Provokation der Antifaschisten, der Versuch die KPD im Wahlkampf als Schlägerbande hinzustellen.

Die ersten beiden Polizeibeamten-Hauptbelastungszeugen für Hanns Marzini-lügten wie gedruckt. Sie mußten nicht nur die eigenen Aussagen mehrere Male korrigieren, sondern widersprachen sich auch untereinander in allen wesentlichen Punkten. Da half auch nicht eine Latte, die StA Wahl plötzlich aus der Ecke hervorholte, angeblich zum Zweck der Identifizierung des Tatwerkzeuges der Körperverletzung, er mußte sie wieder in die Ecke stellen, denn niemand wußte, woher diese Latte eigentlich kam. Als dann auch noch ein Zuschauer dem Gericht berichtete, daß er bemerkt hatte, wie sich die beiden Polizisten während der Verhandlungspause über die Aussagen des ersten unterhalten hatten und beide vergeblich dies zu leugnen versuchten, als die Spitzel einmal die Zahlen der eingesetzten Polizisten bekanntgaben und selbst ein Schöffe begann nachzurechnen, wieviele Polizisten auf einen Demonstranten kamen, war die skandalöse Provokation durch die Schreiber-Polizei nicht mehr zu vertuschen: Hanns Marzini mußte freigelassen werden, selbst der Staatsanwalt mußte Bedenken zum "Tatverdacht" des Widerstandes und Landfriedensbruchs anmelden. Trotzdem müssen sich die Antifaschisten noch immer gegen die Anklage verteidigen, die Klassenjustiz hält an ihrem Plan, sie schwer zu verurteilen fest. Deshalb: Kämpfen wir für den Freispruch der 4 Münchner Antifaschisten! SCHREIBER AUF DIE ANKLAGEBANK! FREISPRUCH FÜR DIE ANTIFASCHISTEN!

Arbeitslos ...



... sind bereits über 1,2 Millionen Kollegen, die seit Jahren und Jahrzehnten im Betrieb geschuftet haben. Heute liegen sie auf der Straße, weil das unmenschliche Profitgesetz im Kapitalismus auch und gerade in der Krise gilt: Durch Entlassungen und staatliche Zuschüsse aus den Steuergeldern sollen die Unternehmerprofite erhöht werden. Für hunderttausende von Arbeitern bedeutet das, mit höchstens 68 % ihres Lohnes leben zu müssen, für viele wächst das Elend und sie wissen nicht aus noch ein.

So geht es auch Jupp Hammer und seiner Familie aus Köln-Nippes. Von 163.-DM wöchentlicher Arbeitslosenhilfe sollen sie leben. Nachdem Jupp Hammer sich durch das Heben schwerer Lasten in einer Schrottfirma einen Rückenschaden zugezogen hatte, mußte er öfters krank-

feiern und wurde gekündigt. Er ist gezwungen, in einer völlig heruntergekommenen Wohnung der Stadt Köln zu leben. Die 2 Zimmer sind so feucht, daß Steckdosen wegen Kurzschlußgefahr nicht benutzt werden können. - Durch die Straßenagitation wurde Jupp auf das Arbeitslosenkomitee aufmerksam und trat sofort ein. Seitdem kämpft er Woche für Woche mit den anderen Arbeitslosen am Arbeitsamt für die sofortige Auszahlung des Arbeitslosengeldes und gegen die Schikanen, denen die Kollegen sich unterziehen sollen. Von einer Behörde zur anderen geschickt, wächst der Haß unter den Kollegen auf die Bürokratie des imperialistischen Staates. Als ein Beamter die Arbeitslosen auch noch mit faschistischen Redensarten ("Gesundheit! Der Hitler hätte was anderes mit euch gemacht!") angriff, kündigte das Arbeitslosenkomitee an, ihn einmal aufzusuchen. Aus Furcht vor der gemeinsamen Stärke der Arbeitslosen wurde der Beamte blitzartig "pensioniert". Jupp Hammer und seine ganze Familie kämpfen weiter - im Arbeitslosenkomitee und in der ROTEN HILFE.

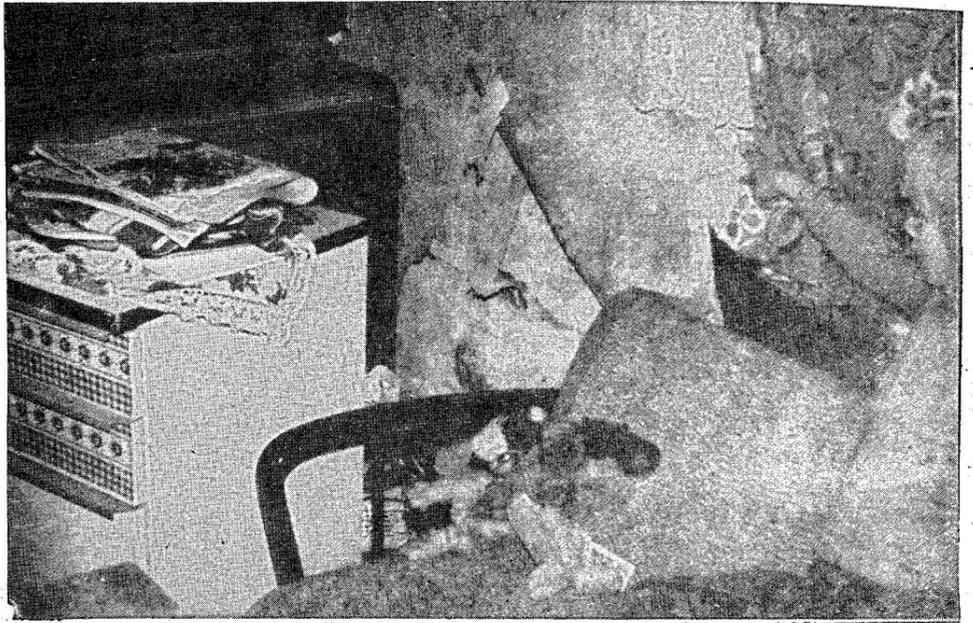
GEMEINSAM DAMPF MACHEN

Was viele Kollegen nicht wahrhaben wollten, ist heute Realität geworden: Über 1 Million Arbeitslose. Davon alleine bei uns in Westberlin 30000 und 15000 Kurzarbeiter. Welche Schikanen, Erpressungen und welche Not Kollegen erleben müssen, die von den Kapitalisten auf die Straße geworfen werden, das zeigt exemplarisch der Fall des westberliner Arbeiters Wolfgang R., der in der Fleischfabrik Dr. Winter gearbeitet hatte und von heute auf morgen zum 6. 12.74 gekündigt wurde. Wolfgang ist schwerbeschädigt und mußte sich mehrere Male krankmelden. Obwohl er oft aus Angst um den Arbeitsplatz auch während der Krankheit gearbeitet hatte wurde er rausgeschmissen. Sofort sollte er auch die Werkswohnung der Winter-Kapitalisten räumen. Man drohte ihm mit der Polizei. Seinen Restlohn sollte er erst bekommen, wenn er die Wohnungsschlüssel abgibt. Schließlich brachen die Winter-Kapitalisten sogar Wolfgang's Wohnungsschloß auf und bauten ein neues ein.

In dieser Situation wandte sich Wolfgang an die ROTE HILFE und wollte von uns wissen, was man gegen diese unverschämten Maßnahmen tun könne. Gemeinsam kämpfen - gerade in der Krise, war unsere Antwort, die nicht nur auf dem Papier stand. Zunächst verschafften wir Wolfgang wieder Zugang zu seiner Wohnung - indem wir das neue Schloß aufbrachen. Als wir vor dem Betrieb Flugblätter verteilten, konnte auch die Firmenleitung keinen Kollegen davon abhalten, uns von den Schikanen im Betrieb zu berichten: Arbeitshetze, Sprechverbot während der Arbeitszeit, keine ordentlichen Arbeitsverträge usw. Ein paar Tage später gingen wir schließlich mit Wolfgang aufs Büro und forderten den Restlohn und Einsicht in die Arbeitsunterlagen. Dr. Winter geriet ins Schwitzen und plötzlich konnte er den

Restlohn auf den Tisch blättern. Durch eine einstweilige Verfügung erreichten wir auch, daß Wolfgang zu nächst in der Werkswohnung bleiben kann!

Die Kollegen der Fa. Winter haben erfahren, daß Kampf auch Erfolg bringt - selbst unter den Bedingungen der Krise. Auch Dr. Winter weiß das jetzt und wird sich das nächstemal überlegen, ob er einen Arbeiter fristlos entläßt. Wolfgang aber, der anfangs noch zweifelte, ob sich etwas erreichen ließ, hat erfahren, daß Klassen-solidarität eine scharfe Waffe ist. Er hat auch gelernt, daß Krisen, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung nicht verschwinden, bevor nicht dem Arbeiter die Fabrik und der Grund und Boden gehört. Um dafür einzutreten, ist Wolfgang Mitglied der ROTEN HILFE geworden. Ortsgruppe Wedding



Bilder: Jupp und Karin Hammer mit ihren Kindern Martina, Markus und Wolfgang (oben). Von den völlig durchnässten Wänden der städtischen Wohnung hängt die Tapete herunter (unten). Zu fünft müssen sie in 2 völlig überfüllten Zimmern leben (links).



ROTE BESEN KEHREN GUT

Offensives Auftreten unter den Arbeitslosen auf dem Arbeitsamt schließt die Kollegen zusammen, vertreibt die Arbeitsamt-Bürokraten und ist oft der erste Schritt zur Gründung eines Arbeitslosenkomitees. Ein Kollege aus Hamburg berichtet:

Am Montag, den 20.1., hatten wir einen Termin beim Arbeitsamt Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee. Mein Kollege und ich betreten den Innenhof des Arbeitsamts. Dabei fiel unser Blick sofort auf einen Sandstreifen von ca. 25 m Länge, der den Betonboden des Innenhofes bedeckte. Offenbar hatte jemand in der Nacht dort eine Parole geschrieben, denn unter dem Sand schimmerte weiße Farbe durch. Wir fragten einen älteren Kollegen, was denn dort geschrieben stehe. Er antwortete unwirsch: "Weiß nicht, irgendwelche Schmierereien." Wir kamen mit ihm ins Gespräch und erfuhren, daß Maurer sei, 6 Monate schon "Stütze" bekomme und vor kurzem ein Zahlungsbefehl über 160.-DM ihm ins Haus geflattert war. Den konnte er nicht bezahlen. "Alles Scheiße", stellte er resigniert fest, "die Großen machen Milliarden-schulden, bekommen noch'n Bundesverdienstkreuz und unsereins geht für ein parr lausige Mark in den "Bau".

"Na, denn wollen wir doch mal sehen, was das geschrieben steht!", entgegnete ihm mein Kollege und ließ sich vom verdutzten Hausmeister einen Besen aus mit der Begründung: "Muß mal eben 'n bisschen Schiet wegmachen!" Er fing an die Parole freizufegen, die der Hausmeister im Auftrag des Arbeitsamtsdirektors hatte zusehaufeln müssen. Arbeitssuchende Kollegen sammelten sich um uns und erwarteten mit Spannung, was sich da wohl tat. Ein Angestellter vom Arbeitsamt keifte: "Verboten, verboten, hilfemordundpolizei!" Aber angesichts der Kollegen, die wie eine 1 standen, wirkte er wirklich nur

wie ein Kläffer, auch unser Kollege mit dem Besen ließ sich nicht weiter stören bis schließlich zu lesen war: KAMPF DEM MASSENELEND DER ARBEITSLOSIGKEIT - KPD! Das Gesicht des Maurerkollegen hellte sich auf. Also gab es doch Leute, die nicht nur schwätzten, sondern sich organisiert wehrten. Wir berichteten ihm von der Arbeit unseres Arbeitslosenausschusses. Unsere Aufforderung mitzumachen, begrüßte er freudig.

OG Hamburg

Gefangenen-Korrespondenz

Ein Gefangener aus Augsburg schreibt: Während die Firmen über schlechte Ertragslage und Absatzmängel lamentieren, wird hier lastwagenweise Arbeit angekartt. Draußen gibt es Massenentlassungen und Kurzarbeit und im Knast werden ganze Produktionszweige errichtet. Bei einer Firma wurden gar 40 Leute entlassen und dafür Gefangene eingestellt. Der Besitzer ist ein guter Bekannter des hiesigen Anstaltsleiters. Beide machen ein gutes Geschäft auf Kosten der Arbeiter und der Gefangenen. Denn während der eine billige Arbeitskräfte hat (Akkordstundenlohn für die Anstalt: 5.-DM), führt der andere durch massierten Arbeitseinsatz der Gefangenen die JVA in die Gewinnzone und wird somit auf seine Beförderung nicht mehr allzulange warten brauchen. Grob geschätzt, dürfte die Gefangenenarbeit der JVA monatlich 250.000.-DM einbringen... Der Brief endet so: ... Der Sozialismus läßt sich zwar aufhalten, aber nicht verhindern. Und für diesen Sozialismus lohnt es sich zu kämpfen - für was denn sonst?

FREIHEIT

FÜR DIE KOMMUNISTISCHE UND SOZIALISTISCHE PRESSE

... seit einigen Monaten häufen sich rapide die Angriffe von Polizei und Klassenjustiz auf die kommunistische und sozialistische Presse in der BRD und Westberlin.

Zu Dutzenden werden Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer Woche für Woche behindert oder gar unter den fadenscheinigsten und irrwitzigsten Begründungen vorläufig festgenommen. Auch die städtischen Behörden, die neuerlich wieder Geberbescheine beim Zeitungsverkauf einziehen wollen, die Agitationsstände oder Megaphone nur gegen hohe Gebühren genehmigen wollen, tun das Ihre. Insbesondere gegen regionale und zentrale Presseverantwortliche richten sich eine Fülle von Strafbefehlen und Anklagen, die die Klassenjustiz im rechten Moment zusammenfassen will, um hohe Gefängnisstrafen auszusprechen. Besonders betroffen sind beispielsweise Chr. Semler, ehemals verantwortlicher Redakteur der "Roten Fahne" (Zentralorgan der KPD), Uwe Carstensen, presserechtlich verantwortlicher der LIGA GEGEN DEN IMPERIALISMUS. Ebenso Roman Pohl, presserechtlich Verantwortlicher der ROTE HILFE-Zeitung

Besonders dort wurde die Verfolgung verschärft, wo die Bevölkerung zum Kampf gegen den Polizeiterror aufgerufen oder wo einzelne besonders volksfeindliche Elemente der Bourgeoisie - Polizeipräsidenten, verurteilte Richter oder Staatsanwälte angegriffen wurden.

Die massive Verfolgung wegen "Beleidigung, Verunglimpfung der BRD oder gar Volksverhetzung" zeigt, wie sehr die Staatsorgane die Verbreitung volksfeindlicher Angriffe ihrer Polizei- und Justiztruppen fürchten. Und wo der bürgerliche Staat getroffen ist, muß der Kampf besonders hartnäckig und unbeirrbar fortgesetzt werden! Unsere Devise lautet: Besonders bei solchen Angriffen die Volksmassen mobilisieren. In vielen Fällen haben z. B. Arbeiter die Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer vor den Betrieben gegen anrückende Polizei geschützt! Besonders muß es uns darauf ankommen, die revolutionären Presseorgane noch weiter zu verbreiten, Abonnenten und regelmäßige Käufer zu gewinnen.

In den bisherigen Prozessen hat sich gezeigt, daß in vielen Fällen die Klassenjustiz gezwungen war, zuzulassen, daß die Angeklagten den Beweis über die Wahrheit der ihnen vorgeworfenen Behauptungen führen. Weil die Bourgeoisie gerade diese Wahrheit wie den Teufel fürchtet, müssen wir sie vor allem außerhalb des Gerichtssaals verbreiten! Dabei wird die ROTE HILFE immer hervorheben, daß die Arbeiterklasse sich nur durch den täglichen Kampf die Freiheit ihrer Presseorgane erhalten kann. Wirklich frei ist die revolutionäre Presse dann, wenn die Arbeiter selbst mit der Errichtung des Sozialismus die Macht erkämpft haben.

Ford-Prozeß

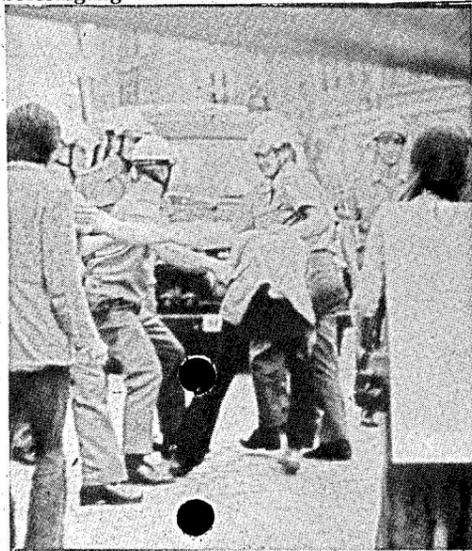
Am 20. März sollen in Köln Frank Kühne und 3 türkische Kollegen vor Gericht stehen. Die Klassenjustiz wirft ihnen vor, beim Ford Streik im August 1973 einen Abteilungsleiter verprügelt und sich gegen den Polizeiüberfall auf die Streikenden gewehrt zu haben. 1.-DM mehr für alle! Runter mit den Bandgeschwindigkeiten! Für diese Forderungen hatten sich tausende von Ford-Arbeitern unter der Führung einer selbstgewählten Streikleitung, deren Mitglied Frank Kühne war, eingesetzt. Die Gewerkschaftsführung verriet den Streik im Bunde mit der Unternehmensleitung. Die Meister, Obermeister und Abteilungsleiter, die mit dem Schild "Wir wollen arbeiten" einen Provokateurszug gegen die Streikenden bildeten und der Polizei den Anlaß zum Überfall gaben, sind im Prozeß die einzigen Zeugen. Kein Kollege hat gegen die Angeklagten ausgesagt!

Die ROTE HILFE kämpft gegen diesen Prozeß, weil er dazu dient, durch Einschüchterung die Arbeiter vom Streik abzuhalten. Das Streikrecht soll eingeschränkt

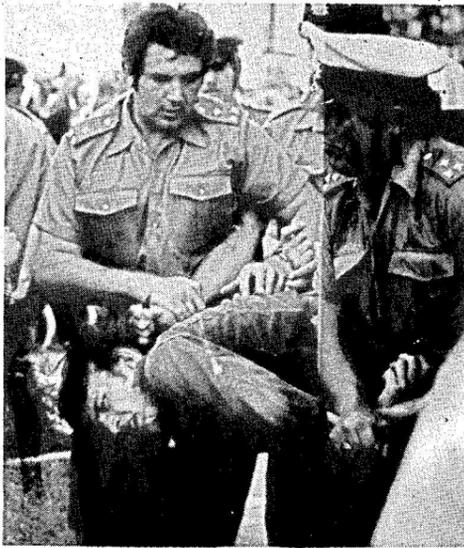
ERFOLG IM ROUTHIER-PROZESS

Am 27.1. stand der KJV-Genosse Bernd Beste vor Gericht, angeklagt der Verunglimpfung und Beleidigung des Staates. Bernd hatte am 13.7.74 in Münster Flugblätter verteilt, in denen unter der Überschrift "Schluß mit dem Polizeiterror" die brutalen Einsätze der Polizei am Beispiel des Arbeitermordes an dem kommunistischen Arbeiter Günther Routhier aufgezeigt wurden. Genau so brutal, wie die Polizei in Duisburg die Wahrheit darüber unterdrückte und sogar den Trauerzug überfiel, nahm sie bei einer genehmigten Demonstration in Münster, in der gegen die Polizeiübergriffe im Duisburger Gerichtssaal und gegen politische Entlassungen in Münster demonstriert wurde, alle Flugblattverteiler fest. Gegen sie geht nun die bürgerliche Klassenjustiz vor und will sie zu Kriminellen stempeln.

So versucht der Staatsanwalt auf jeden Fall die Verurteilung von Bernd Beste zu erreichen. Für die Anklage, so sagt er, spiele es keine Rolle, ob der Inhalt des Flugblattes der Wahrheit entspreche, da durch die Ausdrucksform im Flugblatt auf jeden Fall der Tatbestand der Formalbeleidigung erfüllt sei. Deshalb sei es



... bei m Flugblattverteilen zum Mord an Gen. Routhier



Bilder: Polizeiüberfälle in Münster...

nicht nötig, irgendwelche Zeugen zu vernemen, die den Wahrheitsinhalt des Flugblattes bestätigen könnten.

Der angeklagte Genosse machte jedoch klar, daß er sich nicht einschüchtern lasse und weiterhin die Wahrheit aufzeigen werde, damit sich immer mehr Menschen im Kampf gegen dieses System und für den Sozialismus solidarisieren. Er forderte, durch Zeugen beweisen zu können, daß der Flugblattinhalt der Wahrheit entspreche. Die Zuschauer, die dicht gedrängt den Gerichtssaal füllten, solidarisierten sich einheitlich mit ihm. Durch das mutige Auftreten des Genossen und die breite Solidarität gelang es, daß die Verhandlung unterbrochen und der Wahrheitsbeweis angetreten wird. Zahlreiche Zeugen sollen geladen werden.

Der Prozeß wird nun zur Tribüne unserer Anklage gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Polizeiterror und Klassenjustiz werden. Die Wahrheit wird auch vor Gericht zur Sprache gebracht! Dabei werden sich neue Genossen in die Kampffront einreihen!

FREISPRUCH FÜR BERND BESTE!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE
AGITATION UND PROPAGANDA!

TOTALER AUSSCHLUß DER ÖFFENTLICHKEIT

Am gleichen Tag, als auch der Prozeß gegen Hanns Marzini und 3 weitere Antifaschisten in München begann, lief auch die Berufungsverhandlung an gegen 4 Genossen der KPD/ML, die als Teilnehmer der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 in erster Instanz zu 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden waren.

Vorsitzender des Gerichts ist Richter Höfer, der sich auf einer Podiumsdiskussion der Münchener Juristischen Gesellschaft mit dem Thema "Prozeßführung in spektakulären Prozessen" empfahl. Höfer damals: "Bei solchen Prozessen ist die Geschicklichkeit des Vorsitzenden nicht entscheidend. Mühe wird der Angeklagte erst, wenn er weiß: Wir bleiben unter uns... Um mit den Angeklagten fertig zu werden, reicht in den meisten Fällen der Ausschluß der Öffentlichkeit aus."

So wurde auch gleich am 2. Prozeßtag die Öffentlichkeit bis Prozeßende einschließlich der Urteilsverkündung ausgeschlossen! Gedeckt wird dieses offen reaktionäre Vorgehen von den alten und neuen Gesetzen der Strafprozeßordnung. Mit diesen Prozessen hinter verschlossenen Türen zeigt die Klassenjustiz: In allererster Linie fürchtet sie in politischen Prozessen die Solidarität der Bevölkerung, die Öffentlichkeit. Gerade in jüngster Zeit hat sich gezeigt, daß fast alle Prozesse gegen Kommunisten und Antimperialisten auf zusammengeschusterte Lügen

werden, indem Streikteilnahme bestraft wird! Die Forderungen vom Ford-Streik sind heute genauso richtig wie damals und angesichts der Krise umso brennender. Arbeiter! Laßt es nicht zu, daß streikende Kollegen, daß gewählte Streikführer bestraft werden! Sendet Solidaritätsadressen an die ROTE HILFE, 5 Köln, Severinstr. 55! Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Frank Kühne und die türkischen Kollegen!

gebäude gestützt werden, daß die Gerichte haarsträubende Urteilsbegründungen abgeben. Man denke nur an die verbreitete Methode, Polizistenaussagen gerade dann, wenn sie widersprüchlich sind, für besonders glaubhaft zu halten, weil ja offensichtlich keine Absprachen unter den Polizisten stattgefunden haben. Diese Unrechtsprechung scheut nicht umsonst das Licht der Öffentlichkeit! Die Klassenjustiz weiß genau, daß jeder politische Prozeß bei den anwesenden Menschen im Gerichtssaal die Illusionen über die Gerechtigkeit der Gerichte im Kapitalismus restlos zerstört. Umso wichtiger ist es, mit neuen Kampfmethoden daranzugehen, den Ausschluß der Öffentlichkeit in politischen Prozessen zu verhindern!

Trotz aller feinen Pläne des Richters Höfer mußte der Genosse Klaus Stahl freigesprochen werden. Die herangeholten Zeugen hatten sich schon stur und steif darauf eingelassen, sie würden auf einem Bild den Angeklagten erkennen, als die Verteidigung ein Foto vorlegte, das dieselben Personen von vorne zeigte. Der von den Zeugen "identifizierte" Demonstrant war nicht Klaus Stahl - das "Beweisgebäude" war zusammengebrochen.

Doch die Klassenjustiz arbeitet infam genug, um auch aus solchen Niederlagen noch das Beste zu machen: Klaus Stahl soll jetzt gezwungen werden, im weiteren Verfahren gegen die übrigen Angeklagten als Zeuge auszusagen.

FREISPRUCH FÜR DIE ANGEKLAGTEN IM ANTIKRIEGSTAGSPROZESS!

Nach Zwangsäumung

Am 3.2. ließ die Vereinigte Bonner Wohnungsbau-Gesellschaft (VEBOWAG) eine Wohnung in Bonn-Dransdorf zwangsräumen. Der Anlaß: die 6-köpfige Familie eines arbeitslosen Dekorateurs hatte die Mietzahlung verweigert, weil die VEBOWAG der Aufforderung, ihnen eine Aufschlüsselung der Nebenkosten zur Miete zu geben, nicht nachkam. Die kassiert nämlich für die 102 qm große "Sozial"-Wohnung 750.--DM.

Der Gerichtsvollzieher kam frühmorgens, er hatte eine kugelsichere Weste an und gleich die Polizei mitgebracht. Doch die Familie ließ sich von diesem angstvollen Säbelrasseln nicht beeindrucken: sie weigerte sich, auszugehen. Auf der Straße versammelten sich Nachbarn, die von der KPD und dem KSV von der beabsichtigten Zwangsäumung erfahren hatten und nun mithalfen, den Hauseingang mit Müllcontainern zu blockieren. Auch die Möbelpacker waren solidarisch: "Wir kommen wieder, wenn Ihr Euch geeinigt habt" sagten sie dem Gerichtsvollzieher beim Weggehen. Als immer mehr Hausfrauen und Mütter kamen, die die Zwangsäumung abwehren wollten, griffen die Polizisten zu einem gemeinen Trick: Sie ließen für den ganzen Block die Heizung und das Gas abdrehen, sodaß viele Mütter nach oben gehen mußten, um sich um ihre Babys zu kümmern. Doch damit nicht genug: dem Polizeihund wurde der Maulkorb abgenommen. Er wurde gegen die Menschenansammlung, in der auch viele Kinder waren, vorgeschickt. Doch die Mieter standen nur noch fester zusammen. Als ein Polizist einen Redner der KPD angriff, sah er sich lautem Protest gegenüber: Sofort stellten sich Zeugen für eine Anzeige zur Verfügung.

Zwei Stunden brauchten die Polizisten, bis sie schließlich mit Hinterlist und Gewalt in die Wohnung vordrangen.

Arbeiter selbsthilfe gegründet!

Diesmal konnte die Räumung noch nicht verhindert werden. Aber für die Dransdorfer Mieter wurde klar: wir brauchen eine Organisation der proletarischen Klassensolidarität. Am nächsten Abend gründeten 11 Mieter gemeinsam mit ihrem rausgeschmissenen Nachbarn die "Arbeiter selbsthilfe Dransdorf". Sie setzen sich das Ziel, mit den in Not geratenen Mietern die Solidarität zu organisieren und dafür zu kämpfen, daß sie in einer menschenwürdigen Wohnung - und zwar zu einem erschwinglichen Preis - wohnen können.

Der rausgeflogene Mieter Hans ist gerade jetzt in großen Schwierigkeiten. VEBOWAG und Gerichte fallen über ihn her, er hat noch keine neue Wohnung und mußte seine Familie bei verschiedenen Bekannten unterbringen. Deshalb setzt sich der Genosse Werner von der ROTEN HILFE, der in der Arbeiter selbsthilfe mitarbeitet, dafür ein, daß die Dransdorfer Arbeiter weiter zusammenstehen in der Unterstützung ihres Kollegen, mit ihm für seine Wohnung kämpfen und mit Geldspenden helfen, die erste Not zu überbrücken. Gerade jetzt, wo die Kapitalistenklasse versucht, die Arbeitslosen gegen die die Arbeiter, die noch im Betrieb sind, auszuspielen, kommt es darauf an, besonders die arbeitslosen Mieter zu unterstützen und gegen jede weitere Zwangsexmittierung von Arbeitslosen zu kämpfen.

Die Kapitalistenklasse will die Folgen der Krise auf uns abwälzen. Mit VEBOWAG, Gerichtsvollzieher, Polizei und Klassenjustiz rückt sie uns auf den Pelz. Unsere Waffe dagegen ist die Klassensolidarität, ist der Kampf für eine Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse an der Macht ist und dafür sorgt, daß jeder Arbeiter und Werktätige eine menschenwürdige Wohnung hat und das Wort Arbeitslosigkeit ein Fremdwort ist.

SOLIDARI TÄT HILFT SIEGEN!

Die ROTE HILFE vor Gericht

... Dieter Kunzelmann muß bis zum Frühjahr 1975 weiter im Tegeler Knast bleiben. 22 Monate Untersuchungshaft werden auf eine Strafe von 21 Monaten nicht angerechnet, auf eine Strafe wegen angeblich von ihm verübten Brandanschlägen gegen BZ-Redakteur Kogge und Gefängnisdirektor Glaubrecht, die nur deshalb zustande kam, weil Justiz und Polizei aus Beweisnot eine rauschgiftsüchtige Zeugin gekauft und zu Fälschungen gezwungen hatten..."

Weil der Landesvorstand West-Berlin der ROTEN HILFE in einem Flugblatt mit diesen Worten die Klassenjustiz anklagte und zur Solidarität mit Dieter Kunzelmann aufrief, erhielt sein Vorsitzender, Hartmut Schmidt, einen Strafbefehl über 500,-DM wegen Beleidigung. Zum wiederholten Male sieht sich die Klassenjustiz gezwungen, die widerrechtliche Inhaftierung und Verurteilung Dieter Kunzelmanns zu rechtfertigen und die infamen Lügen und Verleumdungen gegen den Wahlkandidaten der KPD zu schüren (für "Bild" ist er ein "Terrorist", der -trotz Freispruchs!- einen Brandanschlag auf den Juristentag verübt hat; für die "Süddeutsche Zeitung" ist er ein "krimineller Extremist"). In dem Prozeß gegen den Genossen Schmidt am 26. Februar ist Annetrin Bruhn als einzige Zeugin der Staatsanwaltschaft geladen. Sie soll bezeugen, daß sie nie Rauschgift genommen hat, immer die volle Wahrheit gesagt und nie Zugeständnisse für ihre Dienste erhalten hat. Wenn sie zugibt, daß sie - unter Drogeneinfluß von der politischen Polizei vernommen wurde, - als Kronzeugin der Staatsanwaltschaft die "Beweise" für Urteile von insgesamt 40-50 Jahren gegen Kunzelmann, Buddee, Braun u. a. lieferte und - selbst keinen Tag in Untersuchungshaft saß und nur eine geringfügige Jugendstrafe auf Bewährung erhielt, obwohl sie sich selbst all der Straftaten beschuldigt

ZUSAMMENGESCHLAGEN- UND NOCH BESTRAFT

Die Krankenschwester Inge R., 52 Jahre, stand am 23. Januar in Münster vor Gericht. Angeklagt wegen "Gefangenenerleichterung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" - diesen Gummiparagrafen, mit denen die Polizei jeden, der ihr nicht paßt, vor Gericht zerren kann -, machte Inge R. klar: "Hier auf die Anklagebank gehörten eigentlich die Polizisten, die mich bei der revolutionären 1. Mai-Demonstration 1973 so zusammenschlugen, daß ich eine Gehirnerschütterung und einen Bruch des Brustbeins erlitt." Die Genossin hatte damals eingegriffen, als ihre Tochter von Polizisten an den Haaren gerissen und zu Boden gestürzt wurde. Fotos und ein ärztliches Attest bewiesen das brutale Vorgehen der Polizei und die Verletzungen.

Wer gedacht hatte, darüber könne das Gericht nicht hinweggehen, erhielt eine Lektion in Sachen Klassenjustiz: Inge R. wurde zu 300,-DM Geldstrafe verurteilt! Zuschauer, die aus Protest bei der Urteilsverkündung sitzengeblieben waren, wurden zu 3 Tagen Ordnungsstrafe verurteilt - unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Saal war geräumt worden, als die Zuschauer auf Fragen des Richters erklärten, sie seien sitzengeblieben, weil sie vor der Klassenjustiz keine Achtung hätten. Den anschließenden Beifall im Saal würgte das Gericht durch die Räumung ab.

Die sofortige Abführung der verurteilten Zuschauer durch 25 Polizisten löste große Empörung aus, die noch anwuchs, als kurz darauf sogar Flugblattverteiler, die in der Stadt über den Prozeß berichteten, festgenommen wurden. Eine Kundgebung vor dem Gefängnis trug diese Empörung auch unter die Gefangenen, von denen sich viele solidarisierten. Für Inge R. wurden knapp 200,- DM gesammelt. Für die Berufungsverhandlung wird schon jetzt eine noch größere Solidarität organisiert!

te, die die Verurteilten begangen haben sollen, dann müßten sämtliche Urteile gegen Dieter Kunzelmann und die anderen mithilfe dieser Bestechung Verurteilten aufgehoben werden.

Die Genossen Kunzelmann, Buddee und Schmidt werden am 26. Februar den Beweis für den Bestechungsskandal der Klassenjustiz erbringen. Die Urteile müssen revidiert werden! Der Genosse Schmidt muß freigesprochen werden!

Kommt zum Prozeß am Mittwoch, 26. 2. 9. 00 Uhr Saal 101 Amtsgericht Tiergarten, Turmstr. 91!

Bielefeld:

DEMONSTRATIONSRECHT VERTEIDIGT

In brüderlicher Eintracht mit der Polizei wollte das Bielefelder Amtsgericht das Demonstrationsrecht einschränken. Was war passiert? Die Liga gegen den Imperialismus hatte im November 1973 eine Demonstration gegen die unverschämten Preiserhöhungen der Erdölmonopole in und nach der vorgegaukelten "Ölkrise" durchgeführt. Die Polizei, die gerade im Stil einer Notstandsübung das Sonntagsfahrverbot überwacht hatte, wollte das Demonstrationsrecht gleich mit abschaffen. In den Auflagen zur Demonstrationsgenehmigung hieß es: "Die Teilnehmer dürfen nur auf der rechten Fahrbahnseite in Dreierreihen oder, falls von den begleitenden Polizeibeamten angeordnet, auf dem Bürgersteig marschieren. ... Es dürfen nur hölzerne Fahnen- und Transparentstangen verwendet werden, deren Länge nicht mehr als 1,50 m und deren Durchmesser nicht mehr als 2 cm beträgt."

Weil die Demonstranten sich an diese provokatorischen Auflagen nicht hielten, wurde der Demonstrationsleiter Gen. L. Probst vor Gericht gestellt und mit einer Geldstrafe belegt. Genauso voll wie in der ersten Verhandlung war auch der Saal im Berufungsverfahren. Hier endlich mußte anerkannt werden, daß das Demonstrationsrecht nicht durch unverschämte Regelungen der Polizei nach der Straßenverkehrsordnung eingeschränkt werden kann. Der beharrliche Kampf gegen den Anschlag auf das Demonstrationsrecht war erfolgreich! (AZ: 29 Cs 62/74 AG Bielefeld)

Teilnahme an Holger Meins-Demonstration:

Noch keine 2 Monate waren seit den Demonstrationen gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft nach dem Tod von Holger Meins vergangen, als die Klassenjustiz in West-Berlin ihre ersten Urteile gegen die Teilnehmer der machtvollen Berliner Demonstrationen fällte, Gefängnisstrafen von 9 bis 14 Monaten ohne Bewährung.

Am 17. 1. 75 stand der Demonstrant Norbert Hermsdorf vor dem Moabiter Kriminalgericht. Die Staatsanwaltschaft behauptete, er hätte einen Polizeibeamten mit einem Mercedesstern geschlagen. Obwohl das Opfer dieses angeblichen Schlages überhaupt nicht mehr aufzufinden war (was auch nicht verwunderlich ist, denn was es nicht gibt, kann man auch nicht finden), wurde N. Hermsdorf zu neun Monaten Jugendstrafe auf Bewährung plus einer Geldbuße von 600,-DM verurteilt. Einziger "Zeuge" für dieses Schandurteil: ein ziviler Polizist, der bereit war, jeden Eid zu schwören, daß er alles, was dem Angeklagten vorgeworfen wurde genauestens mitangesehen hat. Ein Entlastungszeuge dagegen, der sich in unmittelbarer Nähe von Hermsdorf aufhielt und von den behaupteten Straftaten nichts bemerkt hat, wurde gar nicht erst vereidigt. Statt dessen drohte ihm der Staatsanwalt seine Anwesenheit am "Tatort" zum Anlaß zu neh-

Erklärung

der politischen Gefangenen Uli Kranzusch, Dieter Kunzelmann, Horst Mahler und Hanns Marzini zum Hunger- und Durststreik der Inhaftierten der RAF:

Wir fordern die politischen Gefangenen der RAF auf, ihren Durst bzw. Hungerstreik sofort abbrechen.

Es ist die Aufgabe der politischen Gefangenen, sich in die Front der Ausgebeuteten und Unterdrückten einzureihen und unbeirrt den Kampf für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes, den Kampf für den Sturz der Kapitalistenklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariat zu führen. Mit diesem langandauernden Kampf ist es unvereinbar, an das Mitleid der Bourgeoisie zu appellieren. Es ist falsch und Ausdruck einer bürgerlichen Linie, von den reaktionären Führern der Sozialdemokratie Einsicht zu erwarten, und zu hoffen, die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen könne durch den Druck einer "liberalen" Öffentlichkeit beendet werden. Der Kampf gegen die Sonderbehandlung, so wie er von der RAF geführt wird, hat nichts zu tun mit dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Eine Politik, die zur Verteidigung des bürgerlichen Rechtsstaates auffordert hat nichts mit dem Kampf um demokratische Rechte zu tun, sondern beinhaltet die Anerkennung der bürgerlichen Diktatur in ihrer justizförmigen Verkleidung.

Die einzige Perspektive, die auch für diesen Kampf gilt, heißt: sich fest auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zu stützen.

Der politische Kampf in den Gefängnissen ist Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den allgegenwärtigen Polizeiterror, gegen die Arbeitermorde, gegen die systematische Bspitzelung, Bedrohung und Verfolgung fortschrittlicher Arbeiter durch den Staatsapparat.

- so wie der Kampf der Arbeiterklasse sich auch gegen den menschenfeindlichen und brutalen kapitalistischen Stafvollzug zur Wehr setzt und mit dem politischen Kampf der Gefangenen solidarisch ist.

Wer Kommunist ist, wird sich bis zum letzten Atemzug für die Sache der Millionen Arbeiter und Werttätigen, für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen.

ARBEITERSOLIDARITÄT GEGEN KLASSENJUSTIZ!
3. Februar 1975

Hanns Marzini
Uli Kranzusch
Horst Mahler
Dieter Kunzelmann

RA Fischer freigesprochen

"Je unverschämter die Anklage, umso eher springt mal eine Verurteilung heraus" - so hatte offensichtlich Staatsanwalt Wahl kalkuliert. Schon vor einem Jahr hatte er der Münchener RAin Fischer gedroht: "Sie sind die nächste auf der Anklagebank!"

Doch das Ehrengerichtsverfahren gegen die Anwältin endete mit Freispruch. Die Anklage war zum Teil fallend zum anderen Teil auf die Aussagen des Polizisten Aigner gestützt, der wenige Tage vorher im Prozeß gegen Antifaschisten überführt worden war als er dienstefrig das Blaue vom Himmel log. Mit dieser Anklage war kein Staat zu machen.

Wir müssen uns darauf einstellen, daß massivere Versuche, fortschrittliche Anwältinnen aus Verfahren auszuschließen oder ihr Berufsverbot zu erreichen, erst noch bevorstehen!

9 Monate Gefängnis

men, auch gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs einzuleiten. Ein weiterer von der Verteidigung benannter Zeuge war ein Fotograf der BZ. Sein Foto war nämlich in der BZ abgebildet. Es zeigte den Angeklagten und war unterschrieben: "Polizei führt einen Demonstranten ab, der einen Stein geworfen hat." Vor Gericht konnte er sich an nichts mehr erinnern, schließlich hätte er ja für solche Anlässe stets einen Texter bei sich, den er nur bedauerlicherweise schon vorher aus den Augen verloren hätte. Befragt, wie er sich dann den Text unter dem Foto erkläre, antwortete er der Verteidigung, es sei bei der BZ eben üblich, daß die Redaktion die Texte für die Fotos mache.

Fürwahr ein neues Lehrstück der Klassenjustiz: die revolutionäre Presse, die als einzige die Wahrheit über den Mord an Holger Meins berichtete, wird heute von der Justiz verfolgt, während dieser Tintenkuhl von der BZ ungeschoren vor Gericht über die Lügen der Springerjournalisten berichten kann, in einem Prozeß gegen einen Jugendlichen, der nichts anderes getan hat, als gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft zu demonstrieren und dafür zu 9 Monaten verurteilt wurde.

Forts. von S. 1: Nicht betteln...

Weise diffamiert, daß die Bourgeoisie sich die Hände reiben konnte. Die Entwicklung Horst Mahlers zu einem Roten Helfer und Anhänger der KPD, sein Ringen um die proletarische Linie im Kampf gegen die brutale Unterdrückung im Gefängnis wurde von der RAF - welch kläglicher Zynismus - als "Flucht in die Sicherheit" betitelt.

Ohne Vertrauen in die Arbeiterklasse, ohne Bereitschaft, sich mit ihr zusammenzuschließen, mußte die RAF im Verlaufe des Hungerstreiks auf einer mehr und mehr kleinbürgerlichen Linie landen: Sie appellierte faktisch nur noch an das Mitleid der Bourgeoisie. Dabei fanden sich dann auch vorübergehend erlauchte Verbündete: Plötzlich waren, vor allem in Berlin, "linke" Sozialdemokraten solidarisch und der KBW zeigte Interesse: Freiheit für alle politischen Gefangenen? Nein - aber gegen Isolation.

Auf dieser Linie bewegte sich auch eine Erklärung vor allem westberliner Verteidiger, die im gleichen Atemzug mit der Anprangerung des Abbaus der Verteidigerrechte zur "Wahrung des Rechtsstaats" aufriefen - unbeeindruckt davon, daß alle Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Volk seit Jahren im Namen des bürgerlichen "Rechts"staats ausgerufen werden!

Diese "Kampffront" war das Ergebnis der moralisierenden Politik der RAF im Hungerstreik. Wie reagierte die Bourgeoisie? Sie machte einige kleine Zugeständnisse dort, wo es ihr nicht wehtat, zum Vorzeigen. Herr Heinemann korrespondierte begütigend mit Ulrike Meinhof als christlicher Mahner der Vernunft - und es zeigte sich nicht zum erstenmal, daß die RAF-Gefangenen solchen Briefwechseln mehr zu trauen als Solidaritätsbewegungen in den Arbeitervierteln.

Es bleibt unsere Linie, die Solidarität mit den politischen Gefangenen unter der Bevölkerung zu organisieren. Mit unserer Weihnachtshilfe haben wir ein Beispiel dafür geschaffen, daß diese Solidarität möglich ist. Die Spenden, die wir trotz übelster Hetze in den Stadttellen sammeln, sind mehr wert als 10 heuchlerische Resolutionen von Günther Grass oder die ganze organisierte Drückebergerei des KBW.

Und genauso unverzichtbar wie diese Mobilisierung ist für die ROTE HILFE das Ziel, unter dem wir alle diese Kämpfe anpacken: Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Statt revolutionärer Klassensolidarität:

Opportunismus und Sektierertum

Als die ROTE HILFE im Herbst 1973 auf der Grundlage eines Programms der proletarischen Klassensolidarität im Kampf gegen die Verurteilung von Uli Kranzusch, für die Unterstützung der streikenden Ford-Kollegen und gegen die Abschiebung von Baha Targün im nationalen Aufbau zügig voranschritt, suchte die KPD/ML nach Wegen, um eine eigene Solidaritätsorganisation aufzubauen. Sie verbündete sich mit den spontaneistischen Rote-Hilfe-Gruppen, die sich als "undogmatischer Parteilersatz" begriffen und eine im Kern arbeiterfeindliche Politik betrieben. An diesem Bündnis gab es nichts, was revolutionär war und der Arbeiterklasse genützt hätte - seine Grundlage war allein das phrasenhafte und verleumderische Spaltergeschrei gegen die ROTE HILFE. Im Mai 1974 wurden die Genossen der KPD/ML aus den spontaneistischen Gruppen ausgeschlossen. Genossen hatten sie nicht gewonnen - die Quittung für den opportunistischen Verzicht auf den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse.

Daß sie aus alledem nichts gelernt hatte, bewies die KPD/ML im Kampf gegen die Isolationsfolter. Wochenlang unterstützte sie ohne ein Wort der Kritik die "Revolutionäre der RAF"; kommentarlos veröffentlichte sie den Aufruf der RAF zum Hungerstreik, der "an alle isolierten Gefangenen" gerichtet war. Die revolutionäre Linie im Kampf gegen die Isolationsfolter war und ist, gestützt auf die revolutionären Gefangenen wie Horst Mahler, Dieter Kunzelmann, Uli Kranzusch auch die noch unpolitischen Gefangenen zu mobilisieren, vor allem aber die Solidaritätsfront außerhalb der Gefängnisse aufzubauen. Nicht das Hungern, sondern der Kampf mit den Arbeitern und Werktätigen ist das Rückgrat der Klassensolidarität.

In aller Stille gründete die KPD/ML Ende Januar in Dortmund die sog. "Rote Hilfe Deutschlands". Mit dieser Nachricht wartet der "Rote Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, am 15. Februar auf. Nachdem diese "Rote Hilfe-Gruppen" in den letzten Monaten immer seltener in Betrieb und Stadtteil zu sehen waren, ist es kein Wunder, daß über die Entstehungsgeschichte der "RHD" kein Wort verloren wird, schon gar nicht über ihre Politik. Tatsächlich betreibt die KPD/ML diese Gründung seit über 1 Jahr. Ihre Politik in den Fragen der Roten Hilfe ist gekennzeichnet durch Sektierertum und Opportunismus. Statt Klassensolidarität zu organisieren, kapitulierten diese Genossen vor den umfassenden Solidaritätsaufgaben in den Klassenkämpfen: statt konkret die Massen gegen Klassenjustiz, Polizeiterror, politische Entlassungen und Berufsverbote, gegen die Geißel der Arbeitslosigkeit und die Not und das Elend in der Arbeiterklasse zusammenzuschließen, traten sie sporadisch mit Propagandalosungen auf. In den Fragen des Programms haben sie nach Monaten des prinzipienlosen Hin- und Herschwankens in grundlegenden Fragen der Roten Hilfe in ihrem vorläufig letzten Entwurf das Sektierertum festgeschrieben.

durch die allein der Bourgeoisie wirkliche Zugeständnisse abzurufen sind. Fortschrittliche Bewegungen im Kleinbürgertum können den reaktionären Maßnahmen des Staatsapparats nur mit und unter Führung der Arbeiterklasse erfolgreich entgegenzutreten.

Inzwischen kritisiert der "Rote Morgen" die RAF-Politik als falsch. Doch die Prinzipienlosigkeit ist geblieben: Er sieht es als "Diffamierung" an, den Kampf der RAF-Gefangenen als "bürgerlich" zu bezeichnen. Der "Rote Morgen" erklärt, daß er im Kampf auf Kritik, auf den Kampf gegen bürgerliche Linien in den Fragen der Klassensolidarität verzichtet und ihn für schädlich hält. Er hat nicht begriffen, daß nichts erreicht wird, solange nicht auf der Grundlage einer revolutionären Linie gekämpft wird und daß es zu jeder Stunde die Aufgabe der ROTE HILFE ist, dafür einzutreten. Im Gegensatz zur KPD/ML und der sog. RHD haben wir beides gemacht: Den Kampf gegen die Isolationsfolter und gegen bürgerliche Auffassungen in der Solidaritätsbewegung geführt! Bei vielen kämpferischen Aktionen nach Beginn des

Hungerstreiks, bei den Demonstrationen nach der Ermordung von Holger Meins, in der Solidarität mit Lothar Gend, war von den Genossen der KPD/ML wenig zu sehen.

Mit ihrer rechtsopportunistischen Politik hat die KPD/ML dazu beigetragen, daß ein Teil der Solidaritätsbewegung gegen die Isolationsfolter im offenen Reformismus geendet und von Kampfaktionen unter den Massen vollständig abgerückt ist.

In Praxis und Programm der sog. RHD ist die Leitlinie nicht der revolutionäre Zusammenschluß der Arbeiterklasse für den Sozialismus, sondern das Sektierertum. Die Notwendigkeit der Roten Hilfe ergibt sich für diese Genossen nicht aus der umfassenden Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats, sondern in erster Linie aus der Verfolgung der KPD/ML. Wenn man dem "RHD"-Programm Glauben schenkt, werden hierzulande nur Revolutionäre unterdrückt, sind die Gefängnisse gefüllt mit politischen Gefangenen, werden alleine KPD/ML-Mitglieder wegen kommunistischer Gesinnung vor die Schranken der Klassen-

justiz gezerzt und verurteilt, sind alleine sie von politischen Entlassungen, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüssen bedroht. Es ist eine wichtige Aufgabe der ROTE HILFE, den Kampf gegen die Verfolgung der Revolutionäre und Kommunisten zu führen, sind sie es doch, die am entschiedensten die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Da aber die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft mit umfassender Unterdrückung und Spaltung der Arbeiter und Werktätigen aufrechtzuerhalten sucht, da die Arbeiterklasse alljährlich in den Kämpfen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen unterdrückt wird, schafft sie sich mit der ROTE HILFE die Organisation der proletarischen Klassensolidarität im Kampf für den Sozialismus.

Es ist bezeichnend, daß die KPD/ML uns als "rechtsopportunistisch" beschimpft, weil wir die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen, weil wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen haben ("RHD" Genossen in Münster: Das sind "wirtschaftliche" Kämpfe, die die Rote Hilfe nicht führt).

Weil sie nicht von den Kämpfen der Arbeiterklasse, sondern von der Verfolgung der KPD/ML ausgehen, sind die Genossen nicht in der Lage, auf die brennenden Tagesfragen, die der Kampf der Arbeiterklasse stellt, eine Antwort zu geben und die Massen in den Kampf zu führen. Wer z. B. im Solidaritätskomitee für die gefangenen türkischen Patrioten in Frankfurt statt des revolutionären Zusammenschlusses in Solidaritätsaktionen darauf besteht, daß erst einmal über die Entwicklung des Revisionismus in der Sowjetunion seit 1955 Einheit hergestellt werden müsse, wer es nicht versteht, im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz Teilziele zu entwickeln, sondern stattdessen nur schematisch den Sozialismus propagiert, weicht in Wirklichkeit den konkreten Kampfaufgaben aus.

Sektierertum und Opportunismus sind die Ursachen dafür, letztlich vor dem Kampf gegen die umfassenden Unterdrückungsmaßnahmen zu kapitulieren. Alle Phrasen der KPD/ML und der "RHD" täuschen nicht darüber hinweg, daß die Gründung der "RHD" alles andere als ein Beitrag zur proletarischen Klassensolidarität ist. Mit Mitgliedern der "RHD", die zur revolutionären Einheit der Arbeiterklasse beitragen wollen, werden wir weiter gemeinsam kämpfen. Wir sind gewiß, daß jeder Tag und jeder Kampf die tiefen Widersprüche zwischen dem Klasseninteresse des Proletariats und der Politik der "RHD"-Führer deutlicher macht. Vorwärts mit der ROTE HILFE! Solidarität hilft siegen!

INTERNATIONALISMUS

UNTERSTÜTZT DIE REVOLUTION IN OMAN!

Seit 1965 führt das Volk von Oman unter Führung der "Volksfront für die Befreiung Omans" einen entschlossenen Kampf für die Befreiung seines Landes. Der Sultan Quabus, von den britischen Imperialisten und Kolonialisten als Marionette eingesetzt, öffnet den imperialistischen Räubern Tür und Tor, die ihn dafür an der Macht halten und ihn mit Truppen und Waffen gegen das Volk versorgen.

Seit 1974 greifen mehrere 10000 iranischer Soldaten die befreiten Gebiete des Volkes an. Die Geheimpolizei des Landes wurde von jordanischen Offizieren ausgebildet und kommandiert.

Dem Iran trat Quabus 2 Inseln ab, die der Schah zu Seefestungen ausbaute. Die USA-Imperialisten, die mit dem sowjetischen Sozialimperialismus in erbittertem Streit um Stützpunkte am Persischen und arabischen Golf liegen, sollen einen Luftwaffenstützpunkt erhalten.

Obwohl die befreiten Gebiete von den einheimischen Marionettentruppen, der iranischen Armee und der britischen Luftwaffe systematisch bombardiert werden, wurden Schulen und ein Krankenhaus aufgebaut.

Schon im Vorjahr hat die ROTE HILFE durch Medikamentensammlungen den Kampf des Volkes von Oman unterstützt. Zur weiteren materiellen Unterstützung, besonders zum Aufbau eines Kinderkrankenhauses,

SPENDET AUF DAS KONTO:

100 470 430 5 Bank für Gemeinwirtschaft,
1 Berlin; Kennwort: Humanitäre Hilfe
Dhofar.





**Unterstützt den Kampf des
spanischen Volkes für die
Föderative Volksrepublik!**

Broschüre der Roten Hilfe

34 S. A-5 1.-DM

Bestellungen an:
ROTE HILFE-Vertrieb, 5 Köln 30,
Gumprechtstr. 6

Sammlungen

OG Dortmund: Häuser- und Demonstrationssammlung für den Arbeitslosenhilfsfond: 240.-DM.

Straßen- und Häusersammlung für Hanns Marzini: 183.-DM.

OG Bremen: Auf der Straße, in Häusern und Kneipen wurden über 100.-DM für die Vietnam-Hilfe gesammelt.

Initiative Köln-Nord: Durch Brötchen- und Bierverkauf am Rosenmontag wurden 154,50 DM gesammelt und dem Arbeitslosenkomitee übergeben.

Ich bin seit April 74 arbeitslos und bekomme Arbeitslosenhilfe, die sehr wenig ist. Desweiteren steht eine Flut von Prozessen gegen mich an. Zum großen Teil wegen Beleidigung - eine vom IGM-Vorstand Loderer und Co. -, einige wegen "Verunglimpfung des Staates" und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Das wird weitere Prozeßkosten bedeuten und einen weiteren Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz, der nicht ohne Hilfe und Klassensolidarität erfolgreich durchgeführt werden kann. Die ROTE HILFE hat mich ... durch ihr solidarisches Eintreten für die Kämpfe der Arbeiterklasse bedingungslos unterstützt. Auch durch finanzielle Unterstützung wie vor kurzem bei einer Geldsammlung von 250.-DM in einem Dortmunder Arbeiterviertel. Die ROTE HILFE hat es sich, den alten Traditionen folgend, zur Aufgabe gemacht, den Kampf der Arbeiterklasse gegen materielle Not und Klassenjustiz konsequent zu unterstützen und damit entscheidend mitzuführen. Die alten Arbeiterhilfen waren bei allen Arbeitern sehr beliebt, gleich welcher politischen Auffassungen sie auch waren. Die Arbeiter wußten bei Streiks und sonstigen Kämpfen, daß die IAH und ROTE HILFE kommen wird ... Die Arbeiter wußten auch, daß mit dieser Unterstützung, die unter den Arbeitern in verschiedenen Städten gesammelt wurde, die klassenbewußte Solidarität ihrer Klasse und anderer Volksschichten mitgekommen ist. Die ROTE HILFE hat bewiesen, daß sie - z. B. im Ford-Streik - diese Tradition angetreten ist und in noch größerem Maß antreten wird. Dieser Ruf muß jeden fortschrittlichen Menschen erfassen: SCHAFFT ROTE HILFE! VORWÄRTS IM WEITEREN NATIONALEN AUFBAU DER ROTEN HILFE! SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

Vielen Dank für eune selbstlose Unterstützung. Weiter kämpfen, weiter vorwärtsschreiten. Rot Front!
Uwe Maack, Bochum

Gefangener kämpft um Berufsausbildung

Mehr und mehr Gefangene sind nicht länger bereit, sich mit den unmenschlichen Haftbedingungen in den Gefängnissen abzufinden. Ein Beispiel dafür ist der Gefangene Wolfgang Heim, der mit einem Hungerstreik im Nürnberger Gefängnis die Verlegung in eine Haftanstalt forderte, in der er eine Berufsausbildung machen kann. Bisher konnte W. Heim diese Forderung - auf sich alleine gestellt - nicht durchsetzen. Im Hungerstreik entzogen sie ihm das Trinkwasser - eine tödliche Maßnahme, hätte er nicht das Wasser aus der Toilette getrunken. Danach lieferten sie ihn in die psychiatrische Abteilung ein, um ihn mit Psychopharmaka gefügig zu machen oder als Verrückten abzustempeln. Als die ROTE HILFE in Nürnberg eingriff, wurde totales Besuchsverbot verhängt. Schließlich wußte sich die Klassenjustiz nicht anders zu helfen, als ihn hinter dem Rücken der Öffentlichkeit wieder in die Gefängniszelle zu stecken. Sogar seiner Rechtsanwältin wurde die Auskunft über seinen Aufenthaltsort verweigert. Die ROTE HILFE hat inzwischen erfahren, daß Wolfgang Heim nun ins Frankfurter Gefängnis verlegt wurde. Mögen die Justizbüttel diesen Gefangenen verlegen wohinsie wollen - die ROTE HILFE ist da, um seine Forderung nach Berufsausbildung zu unterstützen und ihm gegen alle Schikanen den Rücken zu stärken!

NRW, WESTBERLIN: Erfolgreiche Mitgliederversammlungen

In den Rechenschaftsberichten der bisherigen Landesvorstände in Westberlin und NRW wurden die Lehren aus den Kämpfen im vergangenen Jahr gezogen. Besonders hervorzuheben ist, daß die ROTE HILFE überall dort erfolgreich gekämpft hat, wo von vorneherein mit den Arbeitern und Werkträgern vor allem im Stadtteil gemeinsam die Klassensolidarität organisiert wurde. Entlang der revolutionären Linien der ROTEN HILFE müssen die Initiativen zur Verstärkung der proletarischen Selbsthilfe vervielfacht werden!

Durch Neuwahl wurden beide Landesvorstände wesentlich verstärkt; in Westberlin wählten die Mitglieder u. a. einen proletarischen Genossen, der sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führend eingesetzt hat, und den Gen. Dieter Kunzelmann in den Landesvorstand.

OPFER DES SOZIALSTAATES

In den KZs zerstörten sie ihre Gesundheit und machten sie zum Krüppel. Der "Sozial"-Staat rührte keinen Finger für sie. Von all denen, die sich jahrelang in politischen und behördlichen Stellen als "Antifaschisten" in die Brust geworfen haben, war keiner zur Stelle, als Lisbeth Taugs dringend Hilfe brauchte. Lisbeth könnte heute noch leben, wenn sie nicht als Wohnungslose ihre Gesundheit auf Parkbänken ruiniert hätte, wenn das Sozialamt ihr die notwendige Diätzulage bewilligt hätte, wenn sie regelmäßig versorgt worden wäre, als sie gehunfähig war.

Die Nachbarschaftshilfe, mit der die ROTE HILFE in der Straße, wo Lisbeth wohnte, vor einiger Zeit begonnen hatte, ist mit Lisbeths Tod nicht zu Ende. In einer Gesellschaft, in der die herrschende Klasse Menschen, die in vorderster Front gegen den Faschismus gekämpft haben, umkommen läßt, ist Arbeitersolidarität bitter notwendig. In Lisbeths Straße, der Wielandstraße, wird gerade jetzt die Solidarität wachsen, weil klar ist: Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Not und Elend können nur die Unterdrückten selbst errichten. SCHAFFT ROTE HILFE!

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!

Lisbeth Taugs

* 1920

† 1975

Als Kämpferin gegen den Faschismus in 4 KZs zum Krüppel gemacht, vom "Sozialstaat" BRD als Sozialhilfeempfängerin zum Siechtum verurteilt.

Dortmund, den 29.1.1975
Ortsgruppe Dortmund
der ROTEN HILFE

Beerdigung:
Montag, 3.2.1975, 10⁰⁰ Uhr
Nordfriedhof

Die bürgerlichen Zeitungen in Dortmund lehnten es ab, unsere Todesanzeige aufzunehmen.

In den Arbeitervierteln kämpfen!

Bei unserer Agitation für die Freilassung des Genossen Hanns Marzini, der gerade vor Gericht steht - vgl. Bericht Seite ... - kamen wir auch in ein weitabgelegenes proletarisches Wohnviertel im Westen von München.

In diesem Viertel glaubt die Bourgeoisie noch ihre Ruhe zu haben: Die wichtigste staatliche Einrichtung dort ist ein Polizeirevier, das allgemein für die Terrorisierung von Erwachsenen und Jugendlichen bekannt ist. Bei einer Diskussion mit Jugendlichen im Freizeithaus stellte sich heraus, daß viele schon wegen der kleinsten Sachen im Knast gesessen hatten.

Das Vorgehen der Polizei hat seinen guten Grund: Die Lebensbedingungen in dem Wohnviertel sind katastrophal. Die Wohnungen - zumeist vom Sozialamt vergeben - liegen eng beieinander, grenzen zum Teil direkt an eine Autobahn an und die Zwischenräume sind auch noch mit Wohnwagen vollgestopft. In den winzigen 3-4 Zimmer-Wohnungen sind auch Familien mit über 5 Kindern zusammengepfercht - ohne Bad und mit "Sammelklo" auf dem Flur.

Das einzige, wo Jugendliche hingehen können, ist ein Freizeithaus weitab der Wohngegend. Auf den Veranstaltungen dort sind Polizeispitzel-Dauergäste.

Als wir über Hanns Marzini berichteten, wurde dort - wie uns alle bestätigten - das erstmal überhaupt politisch diskutiert!

Die Lage aller Bewohner dort ist jetzt durch die steigende Arbeitslosigkeit noch verschärft. Ca. 50 % der Jugendlichen haben schon keinen Arbeitsplatz mehr und müssen von ihren Eltern mitemährt werden, denen selbst Arbeitslosigkeit droht. Auch die Kollegen, die ihre 8 Stunden schaffen, haben nichts zu lachen. Wir sprachen z. B. mit einem Kohlenträger, der für seine harte Arbeit und bei den irrsinnigen Lebenshaltungskosten in München ganze 800.-DM bekommt. Und ausgerechnet jetzt erhöht das Wohnungsamt die Mieten um 10 %!

Alle bisherigen Gespräche waren sehr aufschlußreich. Hier muß die ROTE HILFE, die schon einmal für Rechtshilfe gesorgt hat, umfassend die Arbeit aufnehmen. Mit den Jugendlichen und den Arbeitern zusammen bauen wir ein Arbeitslosenkomitee auf.

NEUE ADRESSE DES ZENTRALVORSTANDS:

5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Wendet Euch an die Rote Hilfe

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

NRW
Landesvorstand und OG Dortmund: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 Tel. 0231/813763
Mo 17-19, Di 18-20, Sa 15-17

OG Köln-Süd: 5 Köln 1, Severinstr. 55 Sprechstunde Mo 17-19
Initiative Münster: Sitzung jeden Di 19.30 Gaststätte Kronenburg, Hammerstr. 37
Initiative Köln-Nord: Sitzung jeden Mo 19.30 Gaststätte Niehler Klause, Nippes

Bayern:
Landesvorstand: 8 München 80, Milchstr. 21 Sprechstunde Mi 17-19 Uhr
Ortsgruppen: München, Milchstr. 21 Sitzung Mi 19 Uhr
Augsburg-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr 20 Uhr
Nürnberg, Gaststätte Loos-Garten, Gibitzenhofstr. 188, Do 20 Uhr

Hessen
Landesvorstand und OG Frankfurt, 6 Frankfurt-Bockenheim, Mühlgasse 26
Tel. 0611/776501 Mo und Mi 17-19 Uhr
Sitzung: Di 20 Uhr; Sprechstunde: Sa 14-16

Nord
Landesvorstand: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, Tel. 040/392673 Di + Fr 17-19
Ortsgruppen: Hamburg, Im Bierhaus, Ecke Schulterblatt/Schanzenstr. Mi 19.30
Bremen-Vegesack, Gaststätte Zur Eiche, Geord-Gleistein-Str. Di 16-17

Baden-Württemberg:
OG Stuttgart: c/o Internationale Buch- und Zeitschriftenhandlung
7 Stuttgart, Haußmannstr. 122a
Sitzung: Stu.-Cannstadt, Gaststätte Rosenau, Hallstr., Fr 17 Uhr

Westberlin:
Landesvorstand: 1 - 65, Togostr. 78 Tel. 030/4523021 Mo-Fr 18-20
Ortsgruppen: Moabit, Wacholderbusch, Erasmusstr., Mi 20 Uhr
Wedding, Sprengelstuben, Sprengelstr., Mi 19 Uhr
Neukölln, Parkrestaurant, Nogat-/Kirchhofstr., Mi 19.30
Kreuzberg, Max und Moritz, Oranienstr. 162, Mi 19.30

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:
Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTEN HILFE-Büros!

Bestellschein

Ich bestelle ab die ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnements-Preis von

halbjährlich 4,80 DM
jährlich 9,60 DM
Förderabonnement
jährlich 20.- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE PSchA Dortmund 37683 - 467 überwiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:

Unterschrift:
Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

